

Gedankenaustausch auf höchstem Niveau

Parlamentsmitglieder im Gespräch mit bauenschweiz-Exponenten

Die Verhinderung einseitiger Investitionskürzungen in den Entlastungsprogrammen, die neuen Strategien nach der Ablehnung des Avanti-Gegenvorschlags und die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts bildeten die Hauptthemen eines informellen Zusammentreffens von Parlamentariern mit Vertretern von bauenschweiz. Ziel dieses Gedankenaustauschs war, auf höchster politischer Ebene die aktuellen bauwirtschaftlichen Probleme zu erörtern und Lösungsvorschläge zu diskutieren.

Nationalrat Robert Keller konnte als Präsident von bauenschweiz neben anderen Gästen nicht weniger als vierzig seiner Parlamentarierkollegen und die Vorsteher der für die Bauwirtschaft wichtigen Bundesämter sowie etwa fünfzig Repräsentanten der Mitgliederverbände von bauenschweiz begrüßen. In seinem Einstiegsreferat führte er ins zweite Entlastungsprogramm ein und äus-

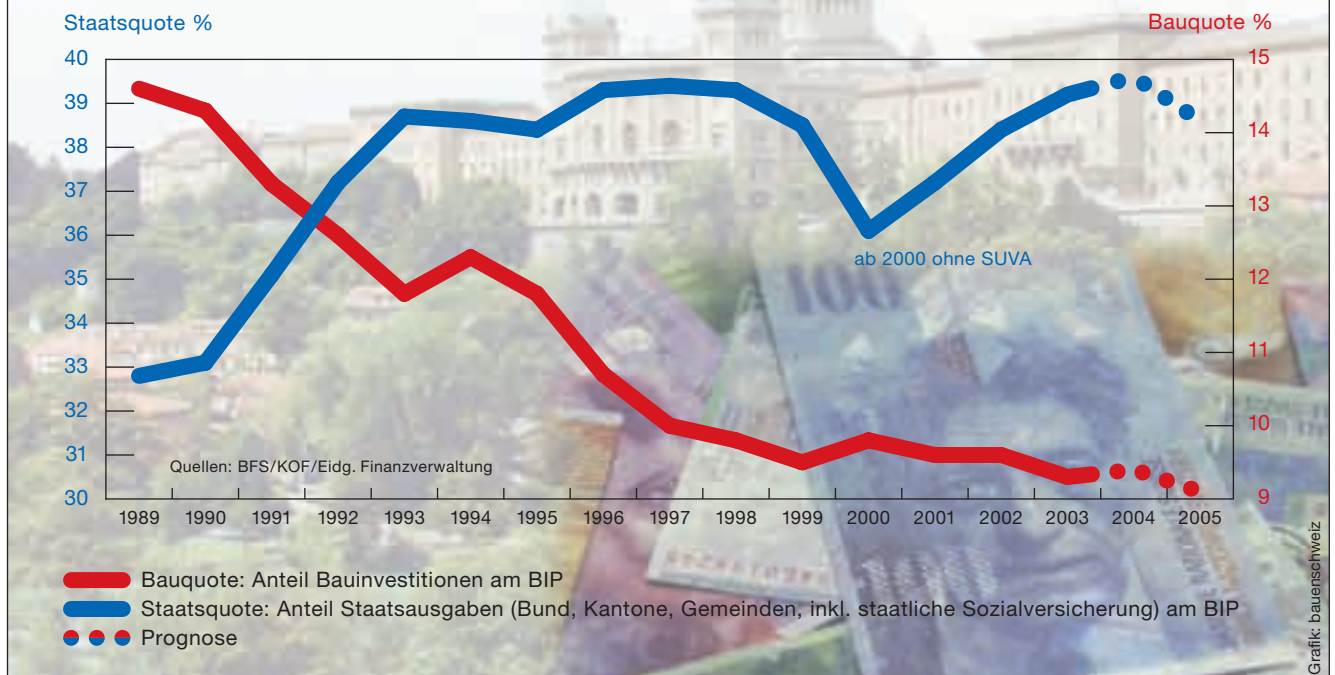
serte einige Gedanken zu den Investitionen der öffentlichen Hand. Dabei sprach er sich klar gegen einseitige Investitionskürzungen aus und betonte, dass die Konsumausgaben nicht tabu sein dürfen.

Nach einem Blick auf das Umfeld in den Nachbarstaaten, das insbesondere für unseren wichtigsten Handelspartner Deutschland zu denken geben muss, betonte Keller nach-

drücklich, dass es gelingen muss, die Finanzen in Ordnung zu bringen und Wirtschaftswachstum nachhaltig zu erzielen. Bedeutendes Sparpotenzial sieht der bauenschweiz-Präsident im Personalbereich des Bundes, wie er mit eindrücklichen Zahlen über die Personalaufstockung trotz Personalstopp und den daraus resultierenden Mehrkosten aufzeigte.

Entwicklung der Staatsausgaben und der Bauinvestitionen

(Anteile in Prozent des Bruttoinlandproduktes, BIP)



Nach der Trendwende zu Beginn der Neunzigerjahre öffnet sich die Schere der Staatsausgaben und der Bauinvestitionen in eklatanter Weise. Der staatliche Konsum hat als Folge der drastisch gestiegenen Sozialaufwendungen überproportional zugenommen, während die Bauinvestitionen auf ein bisher in der Schweiz noch nie dagewesenes Niveau von gegen 9 Prozent absanken. Bei den Staatsausgaben weist die Prognose für 2004 einen absoluten Spitzenwert aus, der als Folge der in die Wege geleiteten Sparvorschläge des Bundes künftig nach unten tendieren soll.

«Wenn man bedenkt, dass der Bund seine Ausgaben innert 12 Jahren von 30 auf 50 Mrd. Fr. gesteigert hat, ist eine Einsparung beim Staatskonsum um 5–10 Prozent (das sind 2,5–5 Mrd. Fr.) mit Sicherheit rasch möglich», gibt sich Keller überzeugt. Nur so wird es uns gelingen, Luft zu schaffen für die nötigen Investitionen in den Bereichen

- Forschung und Bildung
- Verkehrsinfrastrukturen, die unser Wachstum sicherstellen
- Erhalt und Ausbau unserer Bauwerke



Robert Keller
Nationalrat
und Präsident
bauenschweiz

Beim letzten Punkt geht es aus Sicht von Bauenschweiz um die Substanzerhaltung sowie den nötigen Unterhalt, in den wir viel zu wenig investieren.

«Das Bauwerk Schweiz ist das beste der Welt und dem müssen wir Sorge tragen.»

Wie weiter nach der Ablehnung des Avanti-Gegenvorschlags?

Mit einem Anteil von fast 63 Prozent Nein-Stimmen hat der abgelehnte Gegenentwurf zur Volksinitiative Avanti einmal mehr gezeigt, dass es Behördenvorlagen im heutigen politischen Umfeld schwer haben, betonte Nationalrat Duri Bezzola in seinem Votum am Parlamentarieranlass von bauenschweiz.

«Politiker sind Praktiker und diese wollen Lösungen», stellte der Nationalrat aus dem Engadin fest und zählte einige Problemstellen auf, auch wenn nach dem 8. Februar keine verkehrspolitische Leere entstanden ist. Insbesondere wies er darauf hin, dass Staus und Engpässe nicht plötzlich weg sind, die Zukunft der Bahnlandschaft Schweiz politisch erst in der Vernehmlassungsphase steckt und die Verkehrsprobleme in den Agglomerationen nicht kleiner geworden sind.

Laut Bezzola stellt sich nun die Frage «Wie geht es weiter?», nachdem der Kerngedanke des Avanti-Gegenentwurfs die Optimierung der Verkehrsnetze Schiene und Strasse sowie den Agglomerationsverkehr betraf. Aus Sicht des Referenten sollte sich der Bund mit Beiträgen an der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in den Agglomerationen beteiligen – man geht von einer Gröszenordnung von 300 bis 350 Mio. Fr. pro Jahr aus –, aus einem Fond finanziert, welcher von den zweckgebundenen Mitteln der Strasse



Duri Bezzola
Nationalrat

gespeist wird. Dieser zusätzliche Aufwand des Bundes wird vor dem Hintergrund der Schuldenbremse und der Entlastungsprogramme aber nur mehrheitsfähig, wenn die bestehenden Aufgaben bei der Strassenverkehrsinfrastruktur nicht gefährdet werden, gibt Bezzola zu bedenken.

Als zweite wichtige Frage nannte der Referent: «Wie lassen sich die zweckgebundenen finanziellen Mittel von über 3,5 Mrd. Fr. mobilisieren und verfassungskonform einsetzen?» Vorschläge, die ohne einen Infrastrukturfonds namhafte Mittel abzweigen wollen, wie zum Beispiel für den öffentlichen Agglomerationsverkehr oder den Langsamverkehr, führen nach Meinung von Bezzola zu einer Vernachlässigung der übrigen Strassenaufgaben des Bundes.

Das Parlament wird nun die verschiedenen Vorschläge zum Agglomerationsverkehr und zum Infrastrukturfonds laut Bezzola bündeln müssen. Einen wichtigen Einfluss auf die Vorlage wird der neue Finanzausgleich haben, der im Herbst zur Abstimmung kommen wird. Im weiteren sei klar, dass wir um Kapazitätsanpassungen im Nationalstrassennetz nicht herkommen werden.

«Das Nein zum Avanti-Gegenvorschlag hat die Verkehrspolitik nicht orientierungslos gemacht, aber Fortschritte im Agglomerationsverkehr um Jahre zurückgeworfen.»

Zur Problematik des Verbandsbeschwerderechts

Wenn Wirtschaftswachstum unsere wichtigste Zielsetzung ist, dann ist die Standortattraktivität von entscheidender Bedeutung. Dass die Schweiz trotz überzeugender Faktoren Vorteile eingebüsst hat, führte Ständerat Hans Hofmann auf die langen und komplizierten Planungs- und Bewilligungsverfahren, die vielfältigen Rechtsmittelmöglichkeiten sowie die langen und aufwendigen Rechtsmittelverfahren zurück: «Gerade in den vergangenen Rezessionsjahren wurde deutlich, dass uns vor allem bei den Umweltschutzverfahren das richtige Augenmass abhanden gekommen ist.»

Nach den Worten von Hofmann sind in den letzten Jahren gute Gelegenheiten verpasst worden, auf den Pfad der Tugend zurückzukehren: Versuche zur Vereinfachung

der Verfahren bzw. zur Einschränkung oder Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts sind gescheitert. Um einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung zu tun, arbeitet die Rechtskommission des Ständerats eine Gesetzesvorlage aus. Hofmann erinnerte daran, dass er seine vom Nationalrat nur ganz knapp abgelehnte Motion nun als Parlamentarische Initiative im Ständerat eingereicht hat und dieser oppositionslos Folge geleistet wurde.

Dieser Vorstoss will nichts anderes als die UVP-Verfahren beschleunigen und auf das zwingend Notwendige beschränken sowie beim Verbandsbeschwerderecht die bekannten Missbräuche verhindern. Ständerat Hofmann erachtet eine Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts gegenwärtig vor allem wegen eines zu erwartenden Referendums als politisch nicht mehrheitsfähig.

Einen eigentlichen Kernpunkt des Vorstosses von Ständerat Hofmann stellt folgender Punkt dar, mit dem sehr viel Missbrauch verhindert werden könnte: Eine Beschwerde darf den Baubeginn und den Baufortschritt nicht hindern, wenn der Ausgang des Verfahrens die Bauausführung nachweislich nicht beeinflusst, das heisst, wenn der Umwelt durch den Bau kein nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt würde. Daneben zielen eine Reihe weiterer Vorschläge auf eine Straffung des Verfahrens und eine Verhinderung von Missständen ab.



Hans Hofmann
Ständerat

Ständerat Hans Hofmann untermauerte seine Ausführungen mit zahlreichen Beispielen aus seiner umfassenden Erfahrung als früherer Baudirektor des Kantons Zürich. Weiter wies er darauf hin, dass sein Vorstoss im Parlament nach altem Recht behandelt wird, sodass zuerst der Ständerat darüber zu befinden hat und dann die bereinigte Vorlage in den Nationalrat kommt.

«Es sind die Verfahren, welche heute bei fast allen wichtigen Bauvorhaben den grössten Teil der gesamten Realisierungszeit in Anspruch nehmen. Und diesen Perfektionismus können wir uns nicht mehr leisten.»

Perspektiven für das Bauen in der Schweiz

Plattform Zukunft Bau den Delegierten von bauenschweiz präsentiert

Nachdem jahrzehntelang genügend Spielraum für die gesellschaftliche, bevölkerungsmässige und energetische Entwicklung in der Schweiz zur Verfügung stand, gilt es heute die Perspektiven des zukünftigen Baubedarfs zu analysieren. Die vor zwei Jahren ins Leben gerufene Plattform Zukunft Bau (PZB) will einen Rahmen bieten, in dem Fragen zum künftigen Bauwerk Schweiz, zur Bauwirtschaft, zum Verhältnis der schweizerischen Bevölkerung zu diesem Bauwerk Schweiz analysiert und diskutiert werden.

In diesem Gremium arbeiten zur Zeit die drei Organisationen ETH-Rat, Kommission für Technik und Innovation (KTI) und bauenschweiz mit weiteren Institutionen zusammen. Dr. Hans-Jürg Leibundgut von der Amstein + Walther AG, operativer Leiter PZB, hat im Anschluss an die Frühjahrs-Plenarversammlung von bauenschweiz über den Stand der Dinge informiert.

Die Bauwirtschaft sieht sich mit der Situation konfrontiert, dass ab dem Jahr 2030 eine Abnahme der Bevölkerungszahl eintreten wird, und zwar trotz weiter zunehmender Überalterung, und dies bei zunehmendem Wohlstand.

In seiner Präsentation warf Leibundgut die Frage auf, ob die Bauwirtschaft wie bisher weitermachen will oder ob sie sich bei den abnehmenden Ressourcen und den zu erwartenden Entwicklungen nicht neue Strategien überlegen muss. Der Referent gab sich überzeugt, dass die Bauwirtschaft zu einer Standortbestimmung über ihr künftiges Agieren genötigt ist.

Wie sieht das künftige Bauwerk Schweiz aus?

Der Zustand des Bauwerks Schweiz, das auch in Zukunft die Bedürfnisse der Gesellschaft als Ganzes gewährleisten soll, ist zugleich Voraussetzung und Abbild des Wohlstands der Schweiz. Die akzeptierbaren Kosten für die Weiterentwicklung, den Erhalt und die Pflege des Bauwerks Schweiz müssen auch künftige Aufwendungen (für Klimaveränderungen, Erdbeben, Denkmalschutz, Städteentwicklung usw.) einschliessen.

Die Bauwirtschaft als Ganzes vertritt diese Zielsetzung und engagiert sich durch Mitverantwortung und operative Umsetzung für die Realisierung, betonte der Referent weiter. Die Bauwirtschaft will ihr Image erneuern und als eine der wichtigsten Branchen der Schweiz, die stark verantwortlich für die Darstellung des Zustands unserer Gesellschaft im In- und Ausland ist, wahrgenommen werden.

Die Plattform Zukunft Bau kann und will kein eigenes und neues Förderprogramm zur Erreichung der Ziele in den Sparten Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung oder PR aufbauen. Es geht nach den Aussagen von Leibundgut nicht eigentlich um das zukünftige Bauen, sondern um die Zukunft des Bauwerks Schweiz und daraus abge-

leitet um die künftigen Anforderungen an die schweizerische Bauwirtschaft.

Aktuelle Projekte

Nachdem die Steering Group der PZB im November 2003 auf Antrag der operativen Leitung erstmals zwei Projekte bewilligte, befinden sich nun bereits vier Arbeiten in der Pipeline. Diese wurden im Referat von Dr. Leibundgut vor der Frühjahrs-Plenarversammlung von bauenschweiz wie folgt vorgestellt:

– *Validierte Axiome:* Fachleute aus der Bauwirtschaft, der Bauforschung und der Politik machen Aussagen zur Bauwirtschaft Schweiz und lassen diesen Satz von Axiomen zur Zukunft auf einer neuartigen Internetplattform von den übrigen Teilnehmenden bewerten.

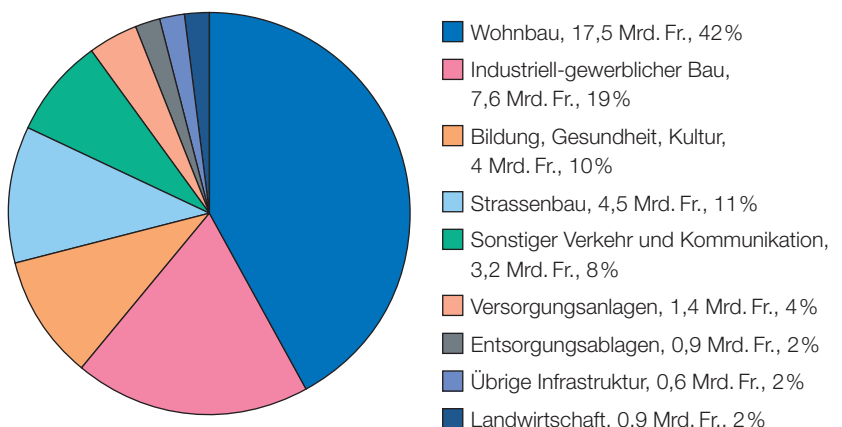
– *Monetäre Grundlagen der Bauwirtschaft bis 2060:* Die Zusammenstellung vergangener und künftiger Kosten des Bauwerks Schweiz pro Jahr ist essentiell für die Beantwortung der Fragen, wie sich die Bauinvestitionen parallel zur demografischen Entwicklung verhalten, wie die Qualität der Bauwerke aufrechterhalten werden kann und welcher Baustandard künftig sollvoll ist. Aufgeteilt in 22 Bereiche wurden die Bauinvestitionen von 1980 bis 2002, basierend auf Daten des Bundesamts für Statistik, zusammengestellt und die Prognosen für deren Entwicklung bis 2060 in einer Internetbefragung eruiert. Untenstehende Grafik zeigt die Zusammensetzung der Bau-

investitionen im Jahr 2000. Der Hauptanteil von 42 % entfällt auf den Wohnungsbau.

– *Altersverteilung der Berufstätigen im Bauwesen:* Daten der Volkszählung und des BFS bildeten die Grundlage für eine neue demografisch ausgerichtete Bilanz der rund 300 000 in 48 Berufen des Bauwesens Beschäftigten. Daraus zeigt sich, dass die Verteilung bei den Berufen Zimmerei und Ingenieurholzbau, Dachdecker, Bauspengler, Sanitär- und HLK-Installateure sowie Maler unproblematisch ist. Zu wenig Nachwuchs hingegen zeichnet sich in den Berufsgattungen des Hoch- und Tiefbaus, bei Abdichtung, Dämmung, Gerüstbau sowie bei verschiedenen Ausbauberufen ab, während sich bei den Architekten und Bauingenieuren, ebenso wie bei Elektro-, Kultur- und Vermessungsingenieuren «zu viel» Nachwuchs abzeichnet.

– *Konzeption der künftigen Bauforschung:* Die Forschungsförderung Bau soll eine zielgerichtete und umsetzungsorientierte Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den Forschungs- und Bildungsinstitutionen ermöglichen. Zur Erarbeitung eines Forschungskonzeptes sind in einer ersten Phase Vorgespräche zur Bereitstellung von Fördermitteln angelaufen.

Verteilung der Bauinvestitionen 2000 von 40,6 Mrd. Fr.



Quelle: PZB/KOF

Zur Lage der Bauwirtschaft

Vom Wohnungsbau gestützte Belebung der Bautätigkeit

Planung und Projektierung

Im Projektierungssektor hat sich die Geschäftslage weiter aufgehellt, wobei sich die Situation der grossen Firmen nach wie vor besser präsentiert als jene der kleinen. Wie aus der von der Konjunkturforschungsstelle der ETH, KOF, in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein SIA gemachten Umfrage weiter hervorgeht, waren die erbrachten Leistungen im 1. Quartal per saldo höher als im Vorquartal, was letztmals im 3. Quartal 2001 der Fall gewesen war. Beim Auftragsbestand konnte das Vorquartalsniveau nahezu gehalten werden. Die Talfahrt bei den Bausummen neu abgeschlossener Verträge näherte sich nach den Feststellungen der KOF dem Ende. Der Anteil der Umbauten an den Bausummen hat sich erneut verringert. Im Blick auf das kommende zweite Halbjahr rechnen die Projektierungsbüros mit weiter sinkenden Honoraransätzen.

Bei den Architekturbüros hat sich im 1. Quartal das Blatt gewendet, in dem erstmals seit dem 3. Quartal 2002 wieder mehr Betriebe ihre Geschäftslage als gut bezeichnen als solche mit schlechten Aussichten. Die erbrachten Projektierungsleistungen konnten laut KOF bereits zum dritten Mal in Folge gesteigert werden, hingegen verharrte der Auftragsbestand weitgehend auf dem Niveau des Vorquartals. Die Bausumme der von Architekturbüros neu abgeschlossenen Verträge war erstmals seit Anfang 2001 nicht mehr weiter rückläufig, wobei der leichten Zunahme im Wohnungsbau ein markanter Rückgang im öffentlichen Bau gegenübersteht.

Auch bei den Ingenieurbüros hat sich die Geschäftslage insgesamt verbessert. Die Beurteilung fällt bei der Haus- und Gebäudetechnik am besten aus, wohingegen sie laut KOF-Umfrage bei den Bauingenieuren nur als befriedigend gilt. Der Auftragsbestand konnte auf dem Vorquartalsniveau gehalten werden und wird von 85 % der befragten Firmen als befriedigend bis gut bezeichnet.

Bauhauptgewerbe

Der Hochbau erlebte im ersten Quartal dieses Jahres einen verhaltenen Start, während die Lage im öffentlichen Tiefbau stabil blieb. Damit bestätigt sich die Erfahrung, dass ein konjunkturelles Anziehen erst mit Verzögerung auf die Bauwirtschaft durchschlägt. Gemäss der Konjunkturerhebung des Schweizerischen Baumeisterverbandes SBV nahm die Bautätigkeit im 1. Quartal 2004 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 2,6 % zu. Der Hochbau trug dazu 3,9 % bei, der Tiefbau 1 %.

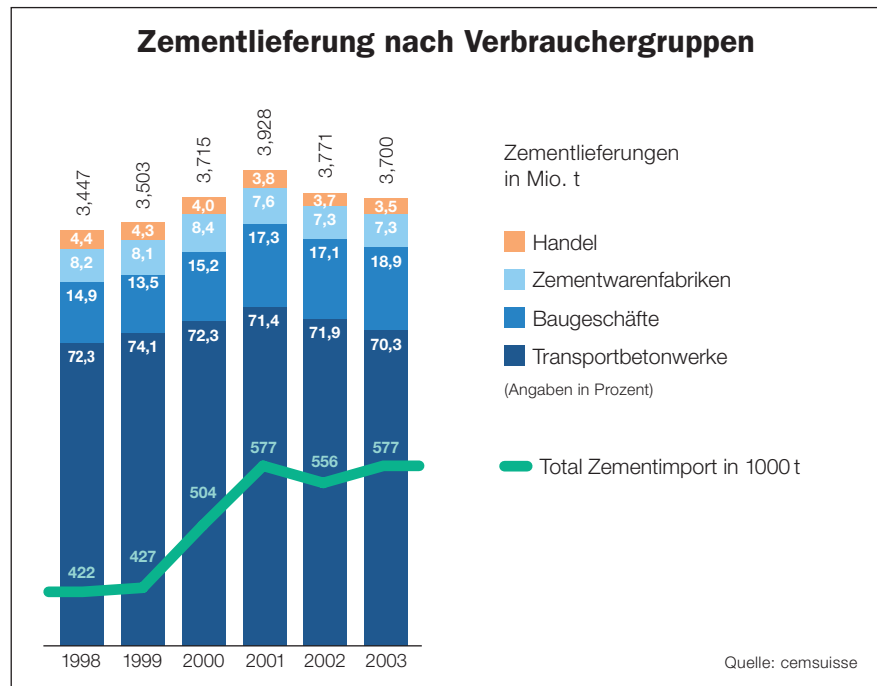
Die bei der Bautätigkeit nach den Rückschlägen in den beiden Vorjahren nun eingetretene Kehrtwende wurde vor allem vom Hochbau gestützt. Hier ergab sich im 1. Quartal 2004 insbesondere beim Wohnungsbau ein massiver Anstieg um 13,7 %. Dieses positive Ergebnis wurde allerdings durch Rückschläge beim industriell-gewerblichen Bau einschliesslich Dienstleistungen (-10,8 %) und beim öffentlichen Hochbau (-7,8 %) geschmälert. Der öffentliche Tiefbau zeigt sich seit drei Jahren praktisch stabil (+0,7 % nach -2,9 % im Vorjahresquartal).

Beim Auftragseingang bestätigte sich nach den Erhebungen des SBV der Aufwärtstrend: Nach 3,5 % im Vorjahresquartal nahmen die Aufträge im 1. Quartal 2004 noch-

nungsbau (+5,2 %) und im öffentlichen Hochbau (+25,1 %).

Die Aussichten für die nächsten Monate werden auf diesem Hintergrund vom SBV als günstig beurteilt. Mit Ausnahme des Wirtschaftsbaus bewegen sich die Bauvorhaben in allen Sparten über der vergleichbaren Vorjahresperiode. Die Zahl der Vollbeschäftigten im Bauhauptgewerbe verzeichnete im Vergleich zum Frühling 2003 keine weitere Abnahme mehr. Erfreulich ist dabei die um 6 % höhere Zahl der gemeldeten Lehrlinge.

Der Kampf an der Preisfront scheint sich nach Einschätzung des SBV etwas zu beruhigen, obwohl die KOF von einem nach wie vor hohen Preisdruck berichtet. Viele Firmen im Bauhauptgewerbe erwarten eine Festi-



mals um 4,3 % zu. Ausschlaggebend dafür waren der Wohnungsbau mit +11,3 % und der öffentliche Hochbau mit 11 %, der allerdings nur rund ein Sechstel des Volumens ausmacht. Der erneute Rückgang im öffentlichen Tiefbau um -7,5 % wurde zwar etwas kompensiert durch den Anstieg um +17,5 % im privaten Tiefbau, doch ist das Gesamtergebnis dieser Sparte mit -1,1 % trotzdem negativ.

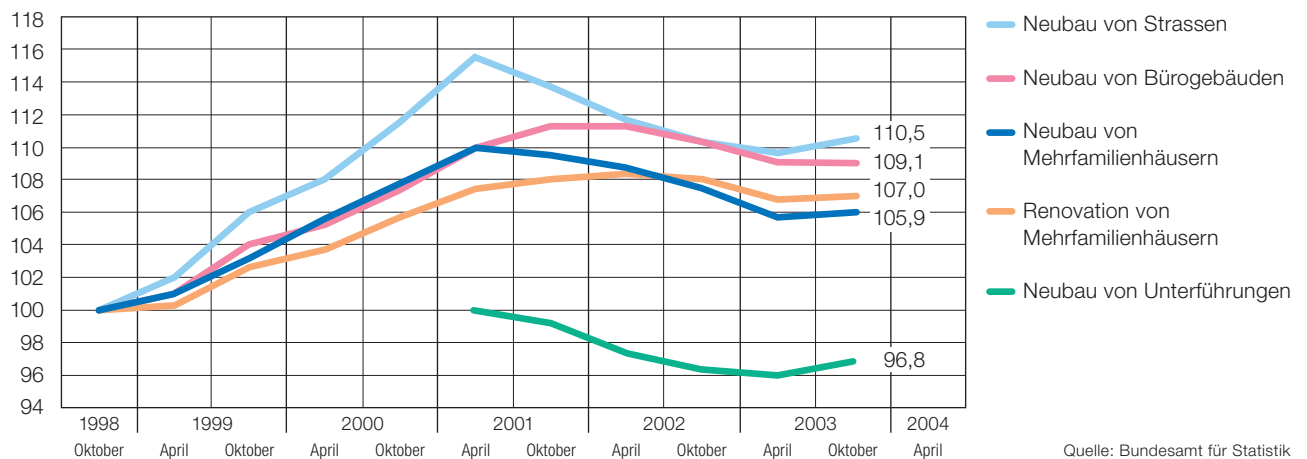
Der Arbeitsvorrat im Bauhauptgewerbe lag am Stichtag 1. April um 7,1 % unter dem Niveau des Vorjahres, geht aus der Konjunkturerhebung des SBV weiter hervor. Bestimmend dafür war der massive Schwund im öffentlichen Tiefbau um -13,7 %. Auf einem laut SBV rekordhohen Niveau bewegte sich hingegen der Arbeitsvorrat im privaten Woh-

nung der Erholung mit zunehmenden Auftragseingängen und geringeren Preiszugeständnissen.

Ausbau und Gebäudehülle

Im Ausbaugewerbe hat sich die Geschäftslage im 1. Quartal 2004 zwar weiter aufgehellt. Aber die Bautätigkeit hat im Vergleich zum Vorquartal per saldo erneut abgenommen und liegt ungefähr auf dem Niveau des Vorjahresquartals. Wie aus den Konjunkturerhebungen der KOF weiter hervorgeht, wird der Auftragsbestand von knapp 31 % der befragten Unternehmen als zu klein bezeichnet, bei rund 58 % gilt er als ausreichend und nur bei 11 % als hoch. Besonders schlecht fiel gemäss KOF das Urteil in den Sparten

Entwicklung des Indexes der Baupreise nach Bauwerksarten (Siehe Tabelle S.6)



Bau- und Elektroinstallation aus. Die Reichweite des Auftragsbestandes blieb weitgehend unverändert. Die Preise für Neuaufträge dürften gemäss Einschätzung befragter Firmen erneut sinken, doch erwarten sie für die kommenden sechs Monate eine Zunahme der Auftragsgänge.

Schreinergerberbe

Die gedämpfte Konsumentenstimmung und die unbefriedigende Situation im Bauhauptgewerbe bildeten im vergangenen Jahr auch für die Mitgliedfirmen des Verbands Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten VSSM kein besonders hoffnungsvolles Omen. Treten an Ort und nach den Feststellungen des VSSM angesagt, und es kann aus diesen Gründen nicht erstaunen, dass auch das Schreinergerberbe 2003 nicht brillierte. Vielmehr gestaltet sich der Alltag für die meisten Betriebe als ein ruheloser Kampf um Aufträge. Wer durchschnittlich gerade mal für einen Monat Arbeitsvorrat aufweist – die Wirklichkeit für etwa einen Drittel der Betriebe –, ist versucht, sich im Wettbewerb wenigstens über den Preis Marktanteile zu ergattern. Die vom VSSM statistisch für 2003 gegenüber dem Vorjahr ausgewiesenen Steigerungen bei den Auftragsgängen (+3,2%) und 15% beim Auftragsbestand kontrastieren eigenartig zum Umsatzrückgang von etwa 1%. Sanken die Auftragseingänge im ersten Quartal 2003 stark (Irak-Krieg), stiegen sie im 2. Quartal umso kräftiger (+20%), um dann im 3. Quartal um 6,2% und im letzten Quartal um 0,25% zu sinken. Auch diese Werte weisen gemäss Verbandsangaben auf grossen Preisdruck hin.

Mit Blick auf die Zukunft lassen nur die insgesamt offenbar gestiegenen Auftragsbestände etwas Hoffnung aufkommen. Die Beschäftigung ist weiter gesunken. In diesen unstillen Zeiten wird zunehmend erkannt – so hofft der VSSM wenigstens –, wie wichtig es ist, die Stärken und Schwächen des Unternehmens zu kennen und entsprechend zu

handeln. Dazu dürften auch die Auswirkungen von «Basel II» – die Verpflichtung der Banken zu systematischem Rating der Kredite – beitragen.

Produktion und Handel

Der Zementabsatz erlebte ein winterliches Hoch, in dem bei den Zementlieferungen im 1. Quartal 2004 ein Plus von 6,9% zu verzeichnen war. Mit 772 147 t sind die Inlandlieferungen der Schweizerischen Zementindustrie in den ersten drei Monaten gegenüber dem Vorjahr (722 009 t) deutlich höher ausgefallen. Diese Steigerung wird von der Zementindustrie in erster Linie auf eine höhere Anzahl an Arbeitstagen als auch auf eine günstige Witterung in den ersten drei Monaten zurückgeführt. Der Anteil des mit der Bahn transportierten Zements hat sich auf 51,1% (50,3) erhöht.

Im Baumaschinenhandel hat sich das Umfeld leicht verbessert, und die generelle Stimmung auf dem Baumaschinenmarkt ist wieder etwas aufgehellt. Aus der Optik des Verbands der Schweizerischen Baumaschinenwirtschaft VSBM kann sie zwar nicht als euphorisch bezeichnet werden, doch besteht die Hoffnung zu einer Belebung, allerdings mit markanten regionalen Unterschieden.

Die Baumaschinenverkäufe in der Schweiz sind im vergangenen Jahr mit einer Gesamtzahl von 2781 Stück etwas besser ausgefallen als 2002. Für das laufende Jahr wird ein leichter Anstieg des Baumaschinenabsatzes erwartet. Da der Aufschwung gemäss Wirtschaftsexperten noch erwartet wird, dürfte das zu einer deutlichen Belebung der Geschäftstätigkeit beitragen. Dementsprechend herrscht beim grössten Teil der VSBM-Mitglieder eine positive Stimmung.

Beim Baubetriebsinventar war ein weiterer Anstieg der Anschaffungen zu verzeichnen, stellt der SBV fest und weist auf grosse regionale Unterschiede hin, die nicht nur in den verschiedenen Geschäftsaussichten, sondern auch in den in letzter Zeit getätigten

Investitionen der Unternehmen begründet sind. Der Gerätenutzungsgrad stieg etwas an, ohne dass aber nennenswerte Kapazitätsengpässe auftraten.

Fazit

Beim Bruttoinlandsprodukt BIP rechnet die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes im laufenden Jahr mit einem Wachstum von 1,8%, während für 2005 ein BIP-Anstieg von 2,3% prognostiziert wird. Die anziehenden Bauinvestitionen und der seit Mitte 2003 beobachtete Aufwärtstrend bei den Ausrüstungsinvestitionen führt zusammen mit der Zunahme der Exporte zu einer steigenden Nachfrage, wie aus der Frühjahrsprognose der KOF mit den Hauptergebnissen für 2004 und 2005 hervorgeht. Getragen durch den Wohnbau und die grossen Bahninfrastrukturprojekte nehmen die Bauinvestitionen vor allem in der ersten Hälfte des laufenden Jahres noch zu. Bei diesen beiden Kategorien rechnet die KOF mit einer Abschwächung der Investitionen im nächsten Jahr, sodass sie – trotz eines Zuwachses beim Wirtschaftsbau – von einem Rückgang der gesamten Bauinvestitionen bei unterdurchschnittlich steigenden Preisen ausgeht.

Die Nachfrage nach Wohnraum dürfte sich weiterhin positiv entwickeln, nachdem im vergangenen Jahr der untere Wendepunkt erreicht worden ist. Nach einer längeren Durststrecke, bei der sich die Wohnungsproduktion von 1994 bis 2002 kontinuierlich verringert hat, ist nun gemäss Angaben des Bundesamts für Wohnungswesen sowohl die Anzahl der neu erstellten als auch der im Bau befindlichen wie der baubewilligten Wohnungen gestiegen. Nachdem schon 2003 mehr Wohnungen als im Vorjahr erstellt worden sind, wird für das laufende Jahr eine signifikante Steigerung erwartet.

Laufende Bauwirtschaftliche Kennziffern (Inland)

Baukonjunktur- Barometer	Auftragsbestand ¹					Beschäftigte ²				
	Veränderung in % zum Vorjahresstand					Veränderung in % zum Vorjahresstand				
	1.4. 2003	1.7. 2003	1.10. 2003	1.1. 2004	1.4. 2004	1.4. 2003	1.7. 2003	1.10. 2003	1.1. 2004	1.4. 2004
Planung										
Insgesamt (SIA)	- 8	- 9	- 9	- 7	- 5	- 1	- 1	- 3	- 4	- 2
- Architekturbüros	- 7	- 7	- 7	- 5	- 3	- 2	- 2	- 6	- 2	- 2
- Ingenieurbüros	- 6	- 7	- 5	- 6	- 8	+ 2	+ 1	± 0	+ 1	- 1
Bauhauptgewerbe										
Insgesamt (SBV)	- 1	- 8	- 7	- 5	- 7	- 4	- 6	- 6	- 5	± 0
- Hochbau	- 1	- 2	- 8	- 5	3	Schweizer				
Wohnungsbau	+10	+ 8	- 1	- 4	5	- 3	- 4	- 5	- 5	1
Übriger Hochbau (insb. Wirtschaftsbau)	- 8	- 8	-14	-17	-12	Ausländer				
- Tiefbau	- 1	-11	- 6	- 5	-12	- 6	- 6	- 7	- 5	- 2
- Öffentlicher Bau	- 3	-12	- 8	- 4	-11	Davon Saisonniers				
- Privater Bau	+ 4	+ 2	- 3	- 6	1	± 0	-19	-18	+ 8	- 8
Ausbau und Gebäudehülle										
Spengler- und Installations- gewerbe (suissetec)	+ 1	+12	- 6	- 2	- 3	- 2	± 0	- 2	- 3	- 1
Elektroinstallationsgewerbe (VSEI)	- 4	- 7	- 4	- 3	- 3	± 0	± 0	- 1	- 2	- 1
Schreinergerberbe (VSSM)	+ 6	+20	+23	+15	- 3	- 1	- 2	- 2	- 2	- 1
Metallbaugewerbe (SMU)	+ 1	-10	- 9	- 5	- 3	- 8	- 6	- 5	- 3	- 1
Maler- und Gipsgerberbe (SMGV)	+ 5	+13	-13	-14	- 3	- 2	- 1	- 2	- 3	- 6
Produktion und Handel										
Baummaschinenfabrikation und -handel (VSBM)	- 7	- 7	- 7	+ 7	- 3	+ 3	+ 2	- 3	- 3	- 3
Bindemittelindustrie (cemsuisse)						- 3	- 2	- 1	- 2	6

bauenschweiz

¹ Basis: Nominelle Werte in Franken

² Beschäftigte in Planung, Ausbaugewerbe und Produktion und Handel gemäss Erhebungen des Bundesamtes für Statistik (BFS).

³ Werte bei Redaktionsschluss noch nicht verfügbar

Baupreisindex Gesamtschweiz				
Hauptergebnisse Oktober 2003 (Basis Oktober 1998 = 100)	Gewichtung in %	Indexstand Oktober 2003	Veränderung in % gegenüber	
			April 2003	Oktober 2002
Baugewerbe total	100	107,8	0,3	-0,8
Hochbau	76	106,8	0,1	-1,2
Neubau Bürogebäude	11	109,1	-0,1	-1,1
Neubau Mehrfamilienhäuser	38	105,9	0,1	-1,5
Renovation Mehrfamilienhäuser	27	107,0	0,3	-0,8
Tiefbau	24	111,2	0,9	0,4
Neubau Strassen	12	110,5	0,8	0,2
Neubau Unterführungen	12	96,8	1,0	0,5

(Basis April 2001 = 100)

Herausgeber:	Geschäftsstelle bauenschweiz Weinbergstrasse 49, 8035 Zürich Tel. 043 268 30 40 Fax 043 268 30 44 www.bauenschweiz.ch
Präsident:	Robert Keller, Pfäffikon ZH
Geschäftsführer:	Charles Buser
Redaktion:	Curt Mayer
Weitere Mitarbeit:	Andrea Röllin, Barbara Eix
Grafische Gestaltung:	sihldruck, Druckerei a/d Sihl AG, Zürich
Erscheint vierteljährlich. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.	